



Niederschrift

über die 41. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 17.05.2023, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr.
Marold Wosnitza

Stadtvorstand

Bürgermeister Christian
Gauf
Beigeordnete Christina
Rauch

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar
Anne Bauer
Herbert Beckmann
Harald Heinz-Peter Benoit
Udo Brünisholz
Pascal Dahler anwesend bis TOP I/4, 18:35 Uhr
Bernhard Düker
Thomas Eckerlein
Rolf Franzen
Klaus Fuhrmann
Anja Gauf-de Gruisbourne
Dr. Christoph Gensch
Thorsten Gries anwesend ab TOP I/1, 17:35 Uhr
Heinrich Grim anwesend bis TOP I/4, 18:35 Uhr
Aaron Holaus
Jonas Keuchel
Patrick Lang
Gerhard Maurer
Elisabeth Metzger
Stéphane Moulin
Anne Oberle
Dagmar Pohlmann

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Dr. Norbert Pohlmann
Walter Rimbrecht
Achim Ruf
Gertrud Schiller
Frank Schmid
Aaron Schmidt anwesend bis TOP I/4, 18:35 Uhr
Dirk Schneider
Sara-Kim Schneider
Dr. Ulrich Schüler
Pervin Taze anwesend bis TOP I/4, 18:35 Uhr

Protokollführung

Alessa Buchmann
Anna Weber

von der Verwaltung

Sven Blinn
Dr. Annegret Bucher
Benedikt Burkey
Martin Deller
Dr. Julian Dormann
Jörg Eschmann
Nicole Hartfelder
Jens John
Johannes Kuhn
Steffen Mannschatz
Dr. Josef Peter Mertes
Christian Michels
Frank Theisinger
Kristina Wiktorski

Abwesend:

Ratsmitglieder

Theresa Baumann
Barbara Danner-Schmidt
Falk Dettweiler
Kurt Dettweiler
Verena Ecker
Atilla Eren
Bernd Henner
Klaus Peter Schmidt

von der Verwaltung

Werner Brennemann
Thomas Deller
Harald Ehrmann
Peter Ernst
Rudolf Hartmann
Natalia Jörg

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Tagesordnung

- 1 Haushalt 2023: Überarbeitung infolge kommunalaufsichtsbehördlicher Bedenken
Vorlage: 20/2759/2023
- 2 Vergabeangelegenheiten
- 2.1 Erneuerung der Feuerwehreinsatzzentrale freiwillige Feuerwehr Zweibrücken;
Auftragserhöhung Visualisierungs-/Medientechnik
Vorlage: 60/2771/2023
- 2.2 Erneuerung der Feuerwehreinsatzzentrale freiwillige Feuerwehr Zweibrücken;
Auftragserhöhung Lieferung der Möblierung
Vorlage: 60/2772/2023
- 3 Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 10/2765/2023
- 4 Anfragen von Ratsmitgliedern
- 5 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Punkt 1: **Haushalt 2023: Überarbeitung infolge**
(öffentlich) **kommunalaufsichtsbehördlicher Bedenken**
 Vorlage: 20/2759/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und führt kurz in die Thematik ein.

Herr Dr. Dormann, Kämmerei, stellt den abzustimmenden Vorschlag der Stadtverwaltung anhand einer Präsentation vor.

Bürgermeister und Finanzdezernent Gauf unterstreicht die Bemühungen der Verwaltung und die Bedeutung eines genehmigten Haushaltes auch im Hinblick auf die Teilnahme am PEK (Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz), wonach 125 Mio. € Altschulden übernommen werden sollen. Er appelliert an den Stadtrat, sich der Verantwortung für die Haushaltssituation und den Problemen einer vorläufigen Haushaltsführung bewusst zu sein.

Ratsmitglied Dirk Schneider, Fraktion bürgernah, kritisiert die Verschiebung der Maßnahme zur Herstellung der Barrierefreiheit in der Hauptschule Nord. Er möchte wissen, ob man eine Förderung durch die Aktion Mensch zum Bau des Aufzuges geprüft habe und hofft, dass der neue Behindertenbeauftragte der Stadt die Barrierefreiheit in städtischen Gebäuden voranbringen könne.

Der Vorsitzende erklärt, dass man bereits einen Förderantrag im Rahmen des Investitionsstocks gestellt habe. Eine Doppelförderung sei nach seinem Wissen nicht zulässig. Da man im Jahr 2023 aber nicht mehr mit einer Bewilligung rechne, würde die Maßnahme ohnehin nicht mehr in diesem Jahr vollzogen werden. Er unterstreicht, dass es sich hierbei nicht um eine Streichung, sondern lediglich um eine Verschiebung handele.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Benoit, AfD, erklärt Bürgermeister Gauf, dass es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Teilnahme am PEK und einem genehmigten Haushalt gibt. Man gehe jedoch davon aus, dass es für die Teilnahme am PEK nur positiv sein könne, wenn die Stadt einen genehmigten Haushalt vorweisen könne.

Ratsmitglied Dr. Gensch, CDU, bezieht sich auf die Grundsteuer-Reform auf Bundesebene und möchte wissen, wie man die dort genannte Aufkommensneutralität in Zweibrücken perspektivisch erreiche.

Herr Dr. Dormann erklärt, dass die neuen Einheitswerte ab dem 1.1.2025 anzuwenden seien. Sobald die Einheitswerte feststünden, müsse man den Hebesatz entsprechend anpassen, um die Aufkommensneutralität zu erreichen. Er gehe davon aus, dass die Werte im Laufe des Jahres 2024 vorliegen. Sobald dies der Fall sei, werde man im Stadtrat darüber berichten.

Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, kritisiert, dass man den Grundsteuerhebesatz jetzt erhöhen wolle, um ihn dann im Jahr 2025 aufgrund der neuen Einheitswerte aller Voraussicht nach wieder zu senken, um die Aufkommensneutralität herzustellen. Er gibt an, dass er der Erhöhung nicht zustimmen werde.

Ratsmitglied Dr. Schüler, FDP, ist der Meinung, dass die ADD nicht die Größe der Kommune, sondern deren Wirtschaftskraft als Grundlage heranziehen solle. Zweibrücken sei eine

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

strukturschwache Region und die ADD müsse dies beim Aufstellen ihrer Forderungen beachten.

Herr Dr. Dormann sichert zu, bei der ADD entsprechend darauf hinzuweisen.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann, Grüne, honoriert die Bemühungen der Stadtverwaltung und ist der Meinung, dass man das Potenzial durch die heutigen Vorschläge ausgeschöpft habe. Er bedauere sehr, dass die ADD solche Forderungen stellt, obwohl man erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt habe. Dennoch werde seine Fraktion dem Vorschlag zustimmen.

Ratsmitglied Dahler, CDU, ist mit der Abhängigkeitssituation, in der man sich befinde und der mangelnden Unterstützung der ADD unzufrieden. Außerdem hätte er sich gewünscht, dass die Stadtverwaltung die Fraktionen früher über das Schreiben der ADD von Ende März in Kenntnis gesetzt hätte. In seiner Fraktion werde es ein geteiltes Abstimmungsverhalten geben.

Ratsmitglied Dr. Gensch, CDU, schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Er befürchtet, dass es auch in den kommenden Jahren Finanzierungsdefizite auf kommunaler Ebene geben werde und kritisiert, dass es keine planbare Finanzierung für die Zukunft gebe. Er wünsche sich eine kommunale Mindestfinanzausstattung durch die Landes- und Bundesebene.

Ratsmitglied Moulin, SPD, zeigt sich enttäuscht über die Antwort der ADD, welche die Bemühungen der Zweibrücker Stadtverwaltung nicht gewürdigt habe. Seiner Meinung nach solle man die Chance einer Altschuldenübernahme durch das Land nutzen. Eine intensive Abwägung einer vorläufigen Haushaltsführung gegenüber einer Grundsteuererhöhung habe ergeben, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung überwiegend zustimmen werde.

Ratsmitglied Benoit, AfD, gibt an, dass seine Fraktion dem Vorschlag aufgrund rechtlicher Zweifel nicht zustimmen werde. Seiner Meinung nach sei die Einrechnung des KEF in den Haushalt nicht zulässig und stelle einen Verstoß gegen die Gemeindeordnung des Landes Rheinland-Pfalz dar.

Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, kritisiert die systematische Unterfinanzierung der Kommunen und gibt an, dass er dem Vorschlag nicht zustimmen werde.

Ratsmitglied Brünisholz, FWG, ist mit der Art und Weise, wie die ADD mit den Bemühungen der Stadtverwaltung umgeht, nicht einverstanden. Die FWG sei zwar gegen eine Steuererhöhung, werde dem Vorschlag aber dennoch zustimmen, um größeren Schaden abzuwenden.

Ratsmitglied Dr. Schüler, FDP, ist der Meinung, dass die Steuererhöhung unpassend sei. Doch auch die FDP werde dem Vorschlag zustimmen und bittet zukünftig um eine kritische Bewertung der Hebesätze.

Im Anschluss fasst der Stadtrat folgenden

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Beschluss:

1. Der am 7. Dezember 2022 beschlossene Haushaltsplan 2023 der Stadt Zweibrücken wird dahingehend angepasst, dass
 - a) der Hebesatz der Grundsteuer B ab dem Haushaltsjahr 2023 auf 552 v.H. festgesetzt wird (d.h. Erhöhung von zuvor 480 v.H. auf 552 v.H.);
 - b) die Änderungen des Ergebnishaushalts 2023 gemäß obenstehender Tabelle Ziffern 1-4 vorgenommen werden. Zeitlich verschobene Maßnahmen sollen innerhalb der bereits geplanten Budgets bzw. Deckungskreise der Haushaltsjahre 2024ff. abgebildet werden.

Haushaltsanpassungen für die Folgejahre 2024ff. sind auf dieser Grundlage entsprechend vorzunehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Zahlenwerk und alle neu erforderlichen Formulare des Haushaltsplanes auf diesen Beschluss hin erforderlichenfalls auszufertigen.

2. Die am 7. Dezember 2022 beschlossene Haushaltssatzung der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2023 wird entsprechend des Beschlusses nach Zfr. 1 geändert. Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushaltssatzung 2023 neu auszufertigen.
3. Alle weiteren bereits gefassten Beschlüsse – u.a. zu Bewirtschaftungsregelungen und Stellenplan – zum Haushalt 2023 haben unverändert Bestand.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	22
Nein:	10
Enthaltung:	1

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:

20

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Punkt 2:
(öffentlich)

Vergabeangelegenheiten

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Punkt 2.1: Erneuerung der Feuerwehreinsatzzentrale freiwillige Feuerwehr
(öffentlich) Zweibrücken;
Auftragserhöhung Visualisierungs-/Medientechnik
Vorlage: 60/2771/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Es spricht sich niemand gegen eine gemeinsame Abstimmung der Beschlussvorschläge aus.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Das Nachtragsangebot der Firma OfficeTron GmbH, Provinzialstraße 10, 66130 Saarbrücken-Fechingen von 5.826,24 € soll beauftragt werden.

Der Stadtrat stimmt der Auftragserhöhung von 49.369,03 € um 5.826,24 € auf 55.195,27 € zu.

2. Der Stadtrat stimmt der Übertragung der Ermächtigung gem. zu Gunsten des Haushaltsjahres 2023 gem. § 17 Abs. 5 GemHVO zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

37

30

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Punkt 2.2: Erneuerung der Feuerwehreinsatzzentrale freiwillige Feuerwehr
(öffentlich) Zweibrücken;
Auftragserhöhung Lieferung der Möblierung
Vorlage: 60/2772/2023

Der Vorsitzende weist auf zwei Fehler in der Beschlussvorlage hin.

Im Sachverhalt der Beschlussvorlage müsse es im zweiten Abschnitt sechs statt vier und im dritten Abschnitt vier statt zwei Leitstellentische heißen.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Auftragserweiterung für zusätzlich benötigtes Mobiliar in Höhe von 20.375,18 € zu.

Der Auftrag der Firma Objekt + Design GmbH & Co. KG, in 59494 Soest wird von 57.810,20 € um 20.375,18 € auf 78.185,38 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Verteiler:

60
37
30

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Punkt 3: **Besetzung von Ausschüssen und Gremien**
(öffentlich) **Vorlage: 10/2765/2023**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Es spricht sich niemand gegen die gemeinsame Abstimmung der Beschlussvorschläge aus.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Herr Bernhard Lambing wird als Mitglied in den Seniorenbeirat gewählt.
2. Herr Harald Benoit wird als Mitglied in den Beirat für Migration und Integration gewählt.
3. Herr Peter Weber wird als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	1
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1

50

51

Akte Seniorenbeirat

Akte Beirat für Migration und Integration

Akte Jugendhilfeausschuss

Punkt 4: Anfragen von Ratsmitgliedern
(öffentlich)

Es sind folgende Anfragen von Ratsmitgliedern eingegangen:

1. Anfrage von Ratsmitglied Lang

Bahnhaltepunkt Rosengarten

Ratsmitglied Lang stellt folgende Anfrage: Die Familie Conrad, Landauer Straße 120, ist unmittelbarer Anlieger des Bahnhaltepunktes Rosengarten. Im Zuge der Baumaßnahmen wurde Ihnen seitens der Deutschen Bahn AG ein Sichtschutz zugesagt, damit Bahnreisende nicht unmittelbar in Ihr Privatgrundstück Einblick haben. Diese Zusage seitens der Deutschen Bahn AG liegt schriftlich vor, wurde aber bis heute trotz mehrfacher Bemühungen seitens der Familie Conrad nicht umgesetzt. Auch zur Stadtverwaltung wurde Kontakt aufgenommen ohne dass es auch hier eine Reaktion gab. Die Zuständigkeit liegt selbstverständlich bei der Deutschen Bahn AG, trotzdem meine Frage: ist die Stadtverwaltung bereit hier als Vermittler tätig zu werden, spätestens in Gesprächen zur Anlage des Park- & Ride-Parkplatzes? Ein weiteres Problem liegt in der dauerhaften nächtlichen Beleuchtung des Bahnsteiges. Obwohl zwischen 22 und 5 Uhr keine Züge fahren, sind die Lampen dauerhaft in Betrieb. Ob dies sein muss bzw. der Energiesparverordnung entspricht sei dahingestellt. Soweit Lampen auch die Grundstücke der Anlieger beleuchten, bitte ich auch hier die Stadtverwaltung um Vermittlung.

Antwort: Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

2. Anfragen von Ratsmitglied Dirk Schneider

2.1 Volkshochschule

Ratsmitglied Schneider möchte wissen, wann der Umzug der VHS in die Hauptschule Nord stattfindet und wann dort die Barrierefreiheit hergestellt werde.

Antwort: Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

2.2 Schulbücher

Ratsmitglied Schneider berichtet, dass die Schulen bereits im Februar Schulbücher bestellt hätten, für die die Mittel immer noch nicht freigegeben wurden. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob diese Mittel im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung zur Verfügung gestellt werden können.

Antwort: Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

3. Anfrage von Ratsmitglied Franzen

Grundschule Albert-Schweitzer

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Ratsmitglied Franzen interessiert der aktuelle Sachstand zur Erweiterung der Grundschule. Er weist darauf hin, dass aufgrund einer ab 2026 gültigen Neuregelung davon ausgegangen werden müsse, dass noch mehr Ganztagsplätze benötigt werden. Er schlägt vor, dies als Tagesordnungspunkt im Bauausschuss zu behandeln.

Er berichtet außerdem, dass sich abends Erwachsene an dem defekten Mini-Fußballfeld an der Grundschule aufhalten, obwohl man Kindern die Nutzung derzeit untersage. Er möchte wissen, wie der aktuelle Sachstand bezüglich der Reparatur des Spielfelds ist und wie die Verwaltung mit dieser Situation umgehe.

Antwort: Beantwortung erfolgt schriftlich.

Verteiler:

60

40

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Punkt 5: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Es wurde einer unbefristeten Einstellung im Bereich des Jugendamtes sowie der Verleihung einer Stadtplakette zugestimmt.

41. Sitzung des Stadtrates am 17.05.2023

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

Der Vorsitzende

Oberbürgermeister Dr. Marold
Wosnitza

Die Schriftführer

Alessa Buchmann Anna
Weber